

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeordnet. Redaktion: S.W. 68, Cadenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

5. Januar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Dornbrück-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cadenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof 202 - 207.

Geräte um die Regierungsbildung.

Wer wird Reichskanzler? - Wo nimmt man Anschluss?

Am 10. Januar sollen die offiziellen Verhandlungen über die Regierungsbildung beginnen. Ein Schwarm von Gerüchten und Zeitungsartikeln eilt ihnen voraus. Die Luft ist voll Versuchsbalkons und Enten.

Einige der Versuchsbalkons sind schon geplagt. Man spricht nicht mehr von der Regierung, die ohne Benehmen mit dem Parlament eingeseht werden und mit dem Artikel 48 regieren soll. Daraus darf man schließen, daß der Reichspräsident für solche Abenteuer nicht zu haben ist.

Die Vorgänge der nächsten Zeit werden sich also im Rahmen der Verfassung abspielen. Der Reichspräsident wird den Reichstagspräsidenten und die Parteiführer hören, er wird dann mit der Bildung der Regierung einen Mann betrauen, von dem er annimmt, daß er ein parlamentarisches Kabinett zustande bringen kann.

Wer wird dieser Mann sein? Darüber wird sehr viel geredet, aber das wird wohl erst nach den Besprechungen des Reichspräsidenten entschieden werden.

Man hat vom Domkapitular Leicht gesprochen, also von einer Regierungsbildung unter Führung der Bayerischen Volkspartei. Das war wohl nie ernst zu nehmen, da war der Wunsch, das Zentrum in eine Klemme zu bringen, der Vater des Gedankens.

Dauernd bleiben die Namen Curtius und Stegerwald im Vordergrund, besonders von dem ersten wird viel geredet. Ein Gerücht, das selbstverständlich falsch war, hat sogar behauptet, daß er schon beauftragt sei. Ja, man wollte schon die Mitglieder seines Kabinetts kennen: Gröner, Reichswehr, Birtz, Finanzen, Koch, Inneres usw. Darüber heftiger Schreck im Hause Hugenberg. Man erkundigt sich bei der Volkspartei und erfährt zu seinem Glück, daß nichts daran wahr sei. Es wird erklärt, daß für die Deutsche Volkspartei nur die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mehrheit mit den Deutschnationalen als erstes Ziel in Betracht komme. Wenn eine derartige Regierungsbildung am Widerstand des Zentrums scheitern müsse, die Verantwortung für die zunächst notwendige Bildung einer Mehrheitsregierung dem Zentrum überlassen bleiben.

Herr Curtius, der volksparteiliche Wirtschaftsminister, würde also von seiner Partei die Erlaubnis zur Bildung eines solchen Kabinetts nicht bekommen, selbst wenn er es bilden wollte. Die Volkspartei will, da der Bürgerblock politisch nicht möglich ist, den Kanzlerposten dem Zentrum überlassen. Dieses hat übrigens in seiner Presse bereits erklärt, daß es ihm unmöglich scheine, die beiden wichtigsten Posten, Außenministerium und Reichskanzlei, in die Hände der Volkspartei zu legen.

Daß der Bürgerblock, die „große Rechte“ oder die „kleine Rechte“ wenigstens zurzeit nicht in Betracht kommen,

sieht die Volkspartei ein. Sie erklärt in ihrer parteioffiziellen „Nationalliberalen Korrespondenz“:

Das Zentrum hat in einer Reihe von Briefkundgebungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, erklärt, daß es unter keinen Umständen für eine Regierung der sogenannten Kleinen Rechten, d. h. einer ausgeprochenen Rechtskoalition, zu haben sei. Die „Germania“ hat sogar angekündigt, daß eine derartige Regierung nicht einen Tag im Parlament leben würde, und der parlamentarische Dienst des Zentrums hat in einer besonderen Ausstellung ausdrücklich auf den erwähnten Artikel der „Germania“ hingewiesen und betont, daß er die Meinung der Reichstagsfraktion des Zentrums wiedergebe. Unter diesen Umständen kann man die Kombination der Kleinen Rechten als glatt erledigt betrachten. Kein Verständiger könnte der Deutschen Volkspartei zumuten, sich an einem solchen aussichtslosen Gebilde zu beteiligen. Die Verworfenheit der Lage, die Tatsache, daß es rechts wie links an klaren Mehrheitsverhältnissen fehlt, machen es dagegen erforderlich, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei, überhaupt die Parteien der Mitte, bei der Lösung der Krise zusammenarbeiten. Die Mitte wird und muß auch jetzt wieder Kern der zukünftigen Regierung sein. Sollen wir erscheinend uns, wie gesagt, jeder Lösungsoversuch von vornherein zur Scheitern verurteilt, der es dem Zentrum gestattet, sich der Verantwortung zu entziehen und doch dabei eine Stellung einzunehmen, die das neue Kabinett auf Gnade und Ungnade in seine Hand gäbe.

Damit wäre man wieder am Ausgangspunkt angelangt. Die Entscheidung liegt bei der Mitte, und die Mitte weiß nicht, was sie will. Die Volkspartei möchte gern den Bürgerblock, oder, wenn das nicht möglich ist, eine Regierung der Mitte mit einer offenen Tür nach rechts, andere wollen die Große Koalition oder, wenn das nicht möglich ist, eine Regierung der Mitte mit einer offenen Tür nach links - einzeln und schwächern melden sich einige Stimmen für die Weimarer Koalition. Stegerwald wird als der Mann genannt, der entweder die Große Koalition oder die Regierung der Mitte machen soll.

Wir haben bisher darauf verzichtet, zu all diesen Kombinationen, die täglich wechseln, Stellung zu nehmen. Die ganze Methode, nur von Personen und Kombinationen zu sprechen, scheint uns verfehlt. Man sollte lieber erst fragen, welche Politik im Interesse des deutschen Volkes notwendig ist und sich dann für diese Politik die Mehrheit suchen. Die Sozialdemokratie hat darüber bekanntlich ihre eigenen Ansichten, und sie ist ebenso bereit, eine ihr nützlich erscheinende Politik durch sachliche Mitarbeit zu unterstützen, wie sie entschlossen ist, eine schädliche mit aller Schärfe zu bekämpfen. Im übrigen kann das ganze Treiben um die Regierungsbildung sie nur in ihrer Ueberzeugung bestärken, daß sie erst durch die nächsten Wahlen die Stellung erringen wird, die ihr gebührt.

Bälterbund verstoßen. Ferner hat die Konferenz die Bildung eines skandinavisch-baltischen Staatenblocks zur Wahrung der Interessen im Bälterbundsrat angeregt.

Faschistenjustiz.

Einfekkerung und Enteignung eines Druckereibesizers.

Mailand, 5. Januar. (CP.) Der Druckereibesizer C. Rossi in Bologna ist zu fünf Jahren Zuchthaus und Einziehung seiner Druckerei verurteilt worden, weil die Polizei im Oktober bei ihm den Satz eines kommunistischen Manifestes über die russische Revolution, sowie ein Manifest gefunden hat, das am Tage der Ankunft Mussolinis in Bologna hätte verbreitet werden sollen.

Diese Manifeste, von denen eines noch dazu von dem freundschaftlich mit Mussolinis verbündeten Sowjetrußland handelte, sind offenbar beide gar nicht gedruckt und verbreitet, sondern schon vor ihrer Fertigstellung der Polizei verraten, wenn nicht gar auf ihre Bestellung angefertigt worden!

Imperialistische Vorwände.

„Begründung“ der Einmischung in Nicaragua.

Washington, 5. Januar. (Feuter.) In der Umgebung des Präsidenten Coolidge wird die Meinung vertreten, daß die Vereinigten Staaten gezwungen sind, ihre Politik gegenüber Nicaragua zum Schutze des Lebens und Eigentums der amerikanischen Staatsangehörigen fortzusetzen, zumal zahlreiche Nordamerikaner dort hohe Positionen inne hätten. Außerdem hätten die Vereinigten Staaten Rechte in Nicaragua, da sie über drei Millionen Dollar zum Bau eines Kanals, der die Westküste mit der Ostküste verbinden soll und zur Anlegung einer Marinebasis in der Bucht von Fonseca bezahlt hätten.

Die Magdeburger Disziplinarsache. In der seit Monaten schwebenden Disziplinaruntersuchung gegen die Magdeburger Richter Hoffmann und Kölling hat der Generalstaatsanwalt in Raumburg jetzt die Anklageurkunde fertig gestellt und an den Disziplinarsenat beim Oberlandesgericht Raumburg weitergegeben.

Mein Prozeß.

Nach der Entscheidung des Reichsgerichts.

Von Felix Fehrenbach.

Wir geben dem Genossen Fehrenbach in seiner eigenen Angelegenheit um so lieber das Wort, als wir seit Jahren von seiner Unschuld überzeugt sind und für sie gekämpft haben. (Red. des „Vorwärts“.)

Die nach einem vierjährigen Kampf herbeigeführte Entscheidung des Reichsgerichts hat das vom Münchener Volksgericht gegen mich gefällte Zuchthausurteil aufgehoben. Der 5. Strafsenat hat in seinem Beschlusse ausdrücklich festgestellt: „Die Verurteilung des Fehrenbach wegen Veröffentlichung des Ritter-Telegramms (10 Jahre Zuchthaus. Die Red.) ist zu Unrecht erfolgt.“ Demgegenüber vergebens man sich die Ausführungen des Staatsanwalts, der in seinem Plädoyer, nachdem er 15 Jahre Zuchthaus beantragt hatte, erklärte: „Ich bedauere, daß mir die gesetzlichen Bestimmungen nicht gestatten, eine höhere Strafe zu beantragen.“

Als kurz nach der Urteilsverkündung der Republikanische Richterbund in einer öffentlichen Erklärung gegen Verfahren und Urteil protestierte, nahm der Deutsche Richterbund das Volksgerichtsurteil in einer Begenerklärung in Schutz und erhob gegen den Republikanischen Richterbund den Vorwurf des Eingriffs in die Rechtspflege. Es entbehrt nun nicht eines gewissen Reizes, daß der Reichsgerichtsbeschlusse, der ausdrücklich feststellt, daß die Verurteilung zu Unrecht erfolgt sei, vom ersten Vorsitzenden desselben Deutschen Richterbundes, vom Senatspräsidenten Reichert, mitunterzeichnet ist.

Der Spruch des Reichsgerichts ist eine schwere Niederlage für die politisierte bayerische Justiz. Das um so mehr, als das Bayerische Oberste Landesgericht in seinem Gutachten vom 30. Oktober 1923 keinerlei rechtliche Einwendungen gegen das Volksgerichtsurteil finden konnte und der Wiederaufnahmeantrag in erster Instanz vom Landgericht München I abgewiesen worden war. Erst die sofortige Beschwerde zum Reichsgericht brachte den Erfolg. Trotzdem kann der Beschluß des Reichsgerichts nicht voll befriedigen. Die Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus wurde zwar als zu Unrecht erfolgt erklärt, aber mit der rein formal-juristischen Begründung der Verjährung nach § 22 des Preßgesetzes. Selbst wenn der Senat mit Rücksicht auf den § 22 des Preßgesetzes erklären mußte, daß überhaupt nicht verhandelt werden dürfe, so war es angesichts der außerordentlich schweren Rechtsverletzung durch das Volksgericht doch notwendig, auch die Schuldfrage zu prüfen. Es steht heute fest, daß die entscheidenden „Feststellungen“ des Volksgerichts, auf die sich das Urteil stützte, absolut irrig, wenn nicht willkürlich waren. Trotzdem liest man im Beschluß des Reichsgerichts wiederholt die Wendung: „Borausgesetzt, daß die Feststellungen des Volksgerichts richtig sind...“ Nicht mit einem einzigen Satz geht das Reichsgericht auf diese „Feststellungen“ ein. Wäre es geschehen, dann hätte der Senat die Konsequenz ziehen und erklären müssen, daß auch dann, wenn Verjährung nicht in Frage käme, auf Freispruch hätte erkannt werden müssen. Das aber gerade wurde geflissentlich vermieden, und ich bin überzeugt davon, daß die Juristen einen Paragraphen ausfindig zu machen wissen, aus dem sich nachweisen läßt, daß das Reichsgericht zu einer solchen Erklärung zwar berechtigt, aber nicht mit zwingendem Recht verpflichtet sei.

In der Sache Vargas wurde die sofortige Beschwerde gegen den Landgerichtsbeschlusse vom Reichsgericht für unbegründet erklärt. Hier handelt es sich um die politische Berichterstattung an das Bureau Vargas. Diese Berichte enthielten keine Geheimnisse, sondern politische Informationen, die man im wesentlichen auch aus der Tagespresse entnehmen konnte. Um so merkwürdiger muten manche Sätze aus der Begründung des reichsgerichtlichen Beschlusses an. So heißt es zu den Berichten über ungefähliche Zustände in den bayerischen Einwohnern, diese seien

„in der Regel nur dann im Interesse des Reichswohles geheimzuhaltende Tatsachen im Sinne des § 92 StGB., wenn ausdrücklich oder stillschweigend der Vorwurf erhoben wird, daß die Regierung solche ungefählichen Zustände begünstige.“

Die Notwendigkeit der Geheimhaltung wird dagegen verneint, wenn der Vorwurf der Billigung ungefählicher Zustände nur nachgeordneten Amts- oder Kommandostellen gemacht wird. Nun sieht das Reichsgericht aber gerade in der Betonung der Beziehungen von Orgeja und Einwohnern zur Reichswehr Nachrichten, die, wenn sie auf Wahrheit beruhten (!), unbedingt die Kenntnis und Duldung der Reichsregierung voraussetzen.“

Und an einer anderen Stelle:

„Berichte von der Art der Fehrenbachschen mußten die auswärtigen Regierungen in dem tatsächlichen (!) Glauben bestärken, daß diese Verbände entgegen den Erklärungen der deutschen Regierung militärisch organisiert seien, und daß die Einzelheiten der Organisation von der deutschen Regierung geheimgehalten würden, um den militärischen Charakter der Verbände nicht offenbar werden zu lassen.“

Es gehört schon allerhand dazu, heute, nachdem die Ergebnisse der Verhandlungen in den Femeauschüssen des Reichstags bekannt sind, in Abrede zu stellen, daß die bayerischen Einwohnern militärisch organisiert waren und Beziehungen zur Reichswehr unterhalten haben. Außerdem lassen sich mit Sägen, wie die oben zitierten, ungezählte Landesverratsanfragen gegen das „Berliner Tageblatt“,

Polens Außenpolitik.

Minister Jaleski wünscht gute Beziehungen zu Deutschland.

Warschau, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten hielt Außenminister Jaleski eine programmatische Rede, die sich zu einem großen Teil mit der Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland befaßte. Der Minister erklärte u. a., daß die Wirksamkeit der Nachforschungskommission des Bälterbundes derjenigen einer Militärkontrollkommission durchaus gleich käme. Die Einsetzung dieser Kommission beruhe auf dem Versäler Vertrag, der vor allem schon deshalb streng eingehalten werden müsse, weil er im Sinne seiner Schöpfer die erste Etappe zur allgemeinen Abrüstung darstellen solle. Sämtliche Tendenzen, die einen Unterschied zwischen der Befriedung in Ost- und Westeuropa anstrebten, seien als ein Verstoß gegen den Frieden zu betrachten. Im übrigen wünsche Polen angesichts der zahlreichen deutsch-polnischen Interessen dauerhafte und gute Zusammenarbeit mit Deutschland. Aber es könne die beunruhigenden Tendenzen in Deutschland, die eine Verschärfung der Beziehungen anstrebten, nicht mit Schwelgen übergehen. Diese Tendenzen, die zweifellos nur ein Teil des deutschen Volkes verfolgte, bildeten trotzdem eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Der Außenminister erklärte, daß Polen nach wie vor den Abschluß eines Abkommens mit Rußland zur gegenseitigen Grenzicherung anstrebe. Polen verjuche nicht, einen antirussischen Block unter englischer Führung zu bilden. Hinsichtlich Litauens habe Polen keinerlei Absicht, sich in die innerpolitischen Vorgänge dieses Landes einzumischen. Von diesem Standpunkt lasse sich die Regierung auch durch die aggressiven Erklärungen der neuen Regierung in Kovno nicht abbringen. Polen sei außerdem bereit, nachbarschaftliche Beziehungen mit Litauen aufzunehmen und wolle nicht die litauische Ansicht nach der sich dieses Land mit Polen im Kriegszustand befinde.

Baltische Vertragspläne.

Riga, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Repolier Konferenz der Außenminister Lettlands, Estlands und Finnlands hat beschlossen, die unterbrochenen Verhandlungen mit Rußland zum Abschluß eines Garantievertrages wieder aufzunehmen. Man stimmt völlig überein, daß der Vertrag Bestimmungen nicht enthalten darf, die gegen den

gegen die „Vossische Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“, „Welt am Montag“, „Weltbühne“ und gegen die gesamte sozialdemokratische Presse begründen. Es wäre nur die logische Konsequenz solcher Formulierungen, wenn der Oberreichsanwalt auf Grund der im vergangenen Jahre erfolgten Veröffentlichungen über Reichswehr und Wehrorganisationen gegen die genannten Zeitungen Anklage wegen vollendeten Landesverrats erheben würde.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß jeder Journalist und jeder Redakteur seinen Kopf in der Schlinge des Landesverratsparagraphen hat, wenn er es unternimmt, ungesetzliche Zustände in Reichswehr und Wehrorganisationen der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Eine solche sinnwidrige Handhabung des § 92 RStGB. bedeutet, daß damit objektiv gefehlwidrigen und verfassungsfreundlichen Organisationen ein vom Gesetz ihnen weder zukommender noch vom Gesetz wirklich vorgehender Schutz gegenüber Anhängern der bestehenden verfassungsmäßigen Staatsform zugute kommt.

Es sei zum Schluß noch eine Stelle aus der umfangreichen Begründung des Reichsgerichts erwähnt, die zu nahe liegenden Vergleichen mit der Beurteilung von Handlungen rechtsgerichteter Personen zwingt. In der Begründung des reichsgerichtlichen Beschlusses zum Falle Gargas heißt es u. a.: „Daß Fehrenbach überzeugt war, durch seine Handlungsweise im Enderfolg einen für das eigene Vaterland nützlichen politischen Kampf zu führen, mag dahingestellt bleiben. Denn der Zweck heiligt nicht die Mittel.“ Sieht ein Fremder vor Gericht — es sei nur an den „ollen, ehrlichen Soldaten“ Kappraß erinnert —, dann ist der Zweck seiner Handlungsweise stets ein Umstand, der die Richter milde stimmt. Aber wir leben in Deutschland und angesichts unserer politisierten Justiz muß man es schon als einen großen Erfolg buchen, daß im vorliegenden Rechtsfall das vergewaltigte Recht wenigstens teilweise wieder hergestellt wurde. Der alte Glashewer hat schon Recht gehabt: „Gerechtigkeit ist eine schöne Sache, aber es gibt auch Justiz.“

Die Rundfunkzensur.

Der Leipziger Zensor schükt Habsburg!

Die Volkshundzeitung „Oesterreich-Deutschland“ berichtet: Der Dichter Robert Hohlbaum-Wien sollte am 18. November im Leipziger Rundfunk sprechen. Daraus ist nichts geworden. Denn der Zensor der sächsischen Regierung beanstandete in dem vorgelegten Manuskript einige Offenbarheiten über das Haus Habsburg. Als sich Dr. Hohlbaum bereits im Sendeaum befand, wurde ihm mitgeteilt, daß die politische Überwachungsstelle seinen Vortrag der Begutachtung des Auswärtigen Amtes in Berlin vorlegen müsse! Dr. Hohlbaum verzichtete demnach. Er machte den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgende Mitteilung:

Ich verwahre mich auf das entschiedenste dagegen, ich sei „verhindert“ gewesen, den Vortrag zu halten. Ich war pünktlich zur Stelle, obwohl ich nur ein „Schlampier Oesterreicher“ bin. Ich bin zwei Nächte durchgefahren, um pünktlich zur Stelle zu sein; außerdem habe ich eine Vorlesung in Freiburg im Breisgau abgehalten, um den Leipziger Vortrag zu ermöglichen. Um 7 Uhr 15 im Leipziger Sendeaum zur Stelle, erlaube ich, daß seit 17. d. M. eine politische Überwachungsstelle eingesetzt sei, die alle politischen Vorträge kontrollieren müsse. Auch mein Thema, obgleich ein historisch-kulturpolitisches, wurde dem unterworfen. Als besonderes Kuriosum hebe ich hervor, daß von dem republikanischen Vertreter der sächsischen Regierung jene Stellen meines Vortrages, die sich gegen die Habsbürger und den österreichischen Adel richteten, beschlagnahmt wurden. Welchen ermutigenden Eindruck der ganze Vorgang auf mich machte, der geeignet ist, den Anschlußgegnern in Oesterreich Vorschub zu leisten, muß ich nicht erst sagen.

Wenn das die Tätigkeit der Rundfunküberwachungsstelle nicht etwa in Bayern, Braunschweig oder Thüringen ist, so wäre keine Überwachung gewiß besser als eine derartige!

Junggesellendämmerung.

Von Paul Gutmann.

Nach den vielen unausgeführten Feldzugsplänen des vergangenen Jahres hat Mussolini einen neuen Schlachtplan entworfen, womit er seinen Helmbrechen ein neues Vorwärtsschreiten hinzufügt, den Kampf gegen den Junggesellen. Mit der eifernden Konsequenz, die dem Duce eigenständig ist, sieht er in dem Unverheirateten den gefährlichsten Feind des faschistischen Staates, den Mann, der sich von der vornehmsten Pflicht des Bürgers zu drücken sucht: Soldaten zu produzieren. Denn der Faschismus braucht nicht das Talent, nicht die Intelligenz, nicht die individuelle Leistung, sondern Soldaten, Soldaten und nochmals Soldaten.

Aus diesem Grunde hat Mussolini in einer flammenden Rundgebung geschworen, den Junggesellen durch eine vernichtende Steuer auszurotten. „Wer sich gegen die Familiengemeinschaft verkehrt“, so sagt er, „indem er sich weigert, eine eigene zu begründen, ist ein Verräter am Staat.“ Ehelosigkeit ist also für Mussolini nicht die Folge bestimmter Ursachen, wie Arbeitsmangel und Armut, sondern er wittert auch im Junggesellen einen Verräter, einen Verräter gegen die Familie! Wenn er von ihm spricht, schäumt er von Gift und Galle, wie umgekehrt ein stehengebliebenes Mädchen, wenn es erfährt, daß die jüngere Freundin sich verlobt hat. Ein Psychanalytiker würde vielleicht daraus den Schluß ziehen, daß der Dictator, der einige freie Menschen in Italien, Kasse übt, weil ihm eine Keisel nicht erspart geblieben ist, die der Ehe. Wie dem auch sein mag, kein älteres lediges Mädchen könnte den Junggesellen giftiger hassen als Mussolini. Niemand ist imstande, seinem Vaterland zu helfen, sei es nun durch seine Arbeit, sei es mit Hilfe seiner geistigen Fähigkeiten, wenn er nicht in der Lage ist, zwei gesunde Mitbürger zu hinterlassen.“ Das heutige Vaterland Italien pfeift demnach auf die Dichte, die Michelangelo, Raffael, Leonardo und zahlreiche andere im Ausland als Genies verehrte Junggesellen ihm geleistet haben, und nennt sie glatte Verräter. Die ganzen vaitianischen Malereien und Plastiken eines solchen Hundstots und Junggesellen schenkt Mussolini für zwei stramme Fackelstämme, die ihr Nordhandwerk gelernt haben. Nur in etwas republikanisch angehauchten Staaten kann man Eheleute wie Kant, Schopenhauer, Nietzsche als brauchbare Mitglieder der Gesellschaft ansehen. In Italien drückt man solche Bogabunden in einen Lehrstuhl für faschistische Philosophie, und mehe ihnen, wenn aus ihrer Ehe nicht endlich der stramme Junggeselle hervorgeht!

So hat der Faschismus endlich die Ordnung seines, wenn man so sagen darf, geistigen Gebäudes erreicht. In Deutschland ist man vorläufig noch beschreibener, man hegt mit dem Schwund- und Schmutzgesetz nur den Dichter, den ewigen Junggesellen des Geistes. Aber im Grunde findet man auch bei uns, daß all dieses freigelegte Irrsicht-

„Stahlhelm“ gegen seine Jünger.

Verbot der „Neuen Standard“.

Der Stahlhelmbund geht gegen seine abtrünnigen Freunde von der „Standard“ mit gerichtlichen Einhaltsbefehlen nach amerikanischem Muster vor. Die Jungstahlhelmer, die feinerzeit die Stahlhelmbefehle „Standard“ schufen und leiteten, bis sie ihrem „Nationalismus“ in der Verherrlichung der Rathenau- und Erzberger-Mörder allzulehr freien Lauf ließen, haben nach ihrer Ausschließung die mit dem Münchener „Arminius“ verbundene „Neue Standard“ aufgestellt.

Jetzt hat nun der Frundsberg-Verlag — Eigentümer Stahlhelmführer Selbde — eine einstweilige gerichtliche Verfügung erwirkt, wonach den Herausgebern des neuen Blattes, Helmut Franke und Ernst Junger, untersagt wird, dem „Arminius“ in Zukunft den Untertitel „Neue Standard“ zu geben.

Diese einstweilige Verfügung ist politisch interessant, aber juristisch nach unserer Meinung unhaltbar. Oder ist es auch verboten, neben einem „Tageblatt“ ein „Neues Tageblatt“ herauszugeben?

Kirchenrevolte in Braunschweig.

Massenaustritt. — Industrielle und Deutschnationale beteiligen sich.

Braunschweig, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die maßlosen Forderungen und die zahlreichen Prozesse der evangelischen Landeskirche gegen den braunschweigischen Staat haben weit über die Kreise der Arbeiter hinaus starke Erbitterung hervorgerufen. Sogar die Industriellen haben sich, wie wir schon meldeten, vor kurzem mit den Maßnahmen der Kirche beschäftigt und offen den Austritt aus der Kirche angedroht. Bei der Drohung ist es nicht geblieben. In den letzten Tagen des alten Jahres war im Braunschweigischen Amtsgericht ein Massenandrang von Männern und Frauen, die den Kirchenaustritt vollzogen. Zuletzt mußten vier Beamte mehr als sonst herangezogen werden, um die Zahl der Austritte einzutragen. Trotzdem standen die Austrittenden noch in langen Schlangenlinien auf den Korridoren. Wie der Braunschweiger „Volkstreu“ mitteilt, sind auch eine Anzahl Direktoren der größten braunschweigischen Industriefirmen aus der Kirche ausgetreten, darunter ein Fabrikbesitzer, der zur deutschnationalen Fraktion des Braunschweiger Landtags gehört. Die Gesamtzahl der Austritte steht im Augenblick noch nicht fest, dürfte aber außerordentlich hoch sein.

Auch auf dem flachen Lande verliert die Kirche immer mehr ihre Zugkraft. Aus Brothem, einem Dorf in der Nähe der Stadt Braunschweig, wird uns gemeldet, daß dort ebenfalls immer mehr Leute aus der Kirche austreten und die Zahl der Besucher des Gottesdienstes immer geringer wird. Jetzt sind einige Bauern des Dorfes darauf verfallen, in der Kirche ihre Böden zu trocknen, eine Verwendungsmöglichkeit, an die wohl vor den christlichen Bauern noch kein gottloser Freidenker gedacht hat.

KPD.-Krach in Württemberg.

Wieder ein Hinauswurf.

Stuttgart, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der innere Zerfall der kommunistischen Partei macht in Württemberg weitere Fortschritte. Jetzt hat die Fraktionsleitung auch noch den Landtagsabgeordneten Karl Müller aus der Partei ausgeschlossen. Müller war der politisch fähigste Kopf unter den Kommunisten und neben Hans Stetter, dessen sensationeller Hinauswurf noch in frischer Erinnerung ist, jahrelang der populärste Mann bei den Mitgliedern und Mitläufern der kommunistischen Partei in Württemberg. Müller wurde schon seit Monaten kaltgestellt, weil er nicht zu der Clique der derzeitigen Bezirksleitung gehören wollte. Trotzdem hat an seinen Ausschluß kein Mensch glauben wollen, weil seine offensichtliche persönliche Beliebtheit und große Anhängerschaft in der Partei eine derartige Maßnahme als unmöglich erscheinen ließ. Die Bezirksleitung hat schon im Falle Stetter von allen Seiten in der Partei und teilweise fast buchstäblich Prügel bezogen. Der Vorgang dürfte sich in der sehnlichen Angelegenheit in schärfster Weise wiederholen.

rieren der Teufel holen soll und daß es wichtiger ist, zwei tuschende Staatsbürger zu zeugen. Vielleicht wird Mussolini in letzter Konsequenz auch noch die katholische Kirche mit ihren monastischen Grundstücken stürzen und dafür die Religion Mohammeds einführen, der mehrere Kinder gezeugt hat und mit diesen erhabenen Taten jedem Fackelstamm ein leuchtendes Vorbild sein kann.

Die Grippe geht um. Der wiederholte Witterungswechsel dieses Winters hat begonnen, unerfreuliche Folgen zu zeitigen: die Grippe hat wieder ihren Einzug gehalten. Zum Glück nimmt die überwiegende Mehrzahl der Fälle einen leichten Verlauf.

Wie ein Blick aus hellem Himmel läßt die Grippe auf den Menschen hernieder und nimmt binnen kurzem von dem ganzen Organismus Besitz. Daher die Allgemeinstörungen wie Fieber und schweres Krankheitsgefühl, heftige Kopf- und Rückenbeschwerden, Niedrigerschlagenheit und Appetitlosigkeit. Während sich die meisten sonstigen Erkältungskrankheiten an einem bestimmten Körperteil lokalisiert, zum Beispiel der Schnupfen in der Nase, die Angina in den Gaumenmandeln, treten bei vielen Grippeerkrankungen die örtlichen Symptome gegenüber den Allgemeinstörungen in den Hintergrund. Allerdings wird es hier wohl niemals ganz an katarrhalischen Erscheinungen auf der Rachen-, Rachen- und Kehlkopf-schleimhaut fehlen. Nicht selten zeigen sich auch Entzündungsprozesse von Seiten der Luftröhre und Bronchien; in schweren Fällen kann sich aus der Grippe eine Lungen- und Rippenfellentzündung entwickeln. Bei anderen Grippeerkrankungen ist vorwiegend der Magen-Darmkanal ergriffen, sogenannte Bauchgrippe, und endlich können die rheumatischen Muskelbeschwerden das Krankheitsbild ausschließlich beherrschen, je nachdem wohin sich der Hauptangriff der Erkrankung richtet.

Unzweifelhaft gehört die Grippe zu den ansteckenden Krankheiten. Jedoch ist es bisher nur in einem Bruchteil der Fälle gelungen, einwandfrei einen Krankheitserreger nachzuweisen. Bei zahlreichen Grippeerkrankungen ist noch kein spezifischer Erreger gefunden worden. Hauptächlich erfolgt die Übertragung von Mensch zu Mensch. Das wirksamste Vorbeugungsmittel ist also zur Zeit eine Grippeepidemie: Distanz halten von einem Kranken und möglichstes Vermeiden von Erkältungsgelegenheiten. Als recht erfolgreiche Vorbeugungsmittel haben sich seit langem die Solizylpräparate, vor allem das Arcanol, bewährt. Sobald jedoch die Erkrankung ausgebrochen ist, gehört der Patient ins Bett und in ärztliche Behandlung. Denn trotz ihres — zurzeit — häufig leichten Verlaufes ist eine Grippeerkrankung doch stets mit gebührender Vorsicht zu beachten, damit sich nicht infolge schicksaliger Vernachlässigung eine schwere Nachkrankheit herausbildet. Dr. W.

Wieviel Worte gebrauchst du? Während eine reich ausgebildete Sprache, wie die deutsche, über Hunderttausende von Worten verfügt, reichen für den „Tagesgebrauch“ verhältnismäßig wenige Ausdrücke aus, und die Zahl der geläufigen Ausdrücke wechselt nach Beruf und Bildung. Ein Dichter wird natürlich einen ganz anders reichhaltigen Wortschatz zur Verfügung haben als der Durch-

von zehn Mitgliedern der kommunistischen Landtagsfraktion sind nun zwei aus der Partei ausgeschlossen, vom Rest die Hälfte durch die Bezirksleitung gemahregelt worden. Der Krach im Parteiladen der württembergischen Kommunisten wirkt auf die Außenwelt nachgerade mehr erheitend als tragisch.

Amerikas schärfster „Trockenleger“.

Vor der bölligen „Verstopfung“ der heimlichen Alkoholkzellen.

Anlässlich der zahlreichen Todesfälle, die in den Vereinigten Staaten während der Weihnachtstage als Folge des Genusses giftiger Spirituosen oder denaturierten Alkohols erfolgten, begegnete die Ausschüsse, die General Andrews, der mit der Durchführung der Prohibition als Unterstaatssekretär im Schahamt betraut ist, einem Vertreter der „United Press“ machte, lebhaftem Interesse. Andrews sieht voraus, daß im Frühjahr der heimliche Verkauf von Bier vollkommen aufhören werde. Andrews läßt die Fabriken, die Malzgetränke herstellen, durch eine Abteilung von 75 Geheimpolizisten überwachen, was ihm vollkommen zu genügen scheint. Eine weitere Abteilung von etwa hundert Geheimpolizisten habe es zustande gebracht, die ungesetzliche Verwendung von denaturiertem Alkohol, die jährlich einen Umfang von etwa 20 Millionen Gallons erreichte, völlig zu verhindern. Im Laufe des neuen Jahres sei mit der restlosen „Verstopfung“ der letzten Quellen zu rechnen, aus denen diese Art von Alkohol noch trüfete. Ebenso sei es gelungen, der mißbräuchlichen Verwendung von Abendmahlswein ein Ende zu machen, dessen Verbrauch um mehr als eine Million Gallonen zurückgegangen sei. Der Küstenschmuggel sei durch die schärfere Bewachung der Küsten so gut wie völlig ausgerottet worden, so daß nur noch über die kanadische Grenze größere Mengen von Alkohol geschmuggelt werden. Man habe nun der ganzen Grenze entlang Wachmannschaften aufgestellt, um auch diesen Schmuggel zu unterbinden.

General Andrews erhofft für das neue Jahr „erstaunliche Erfolge“ in der Durchführung der Prohibition. Der heimliche Alkoholhandel werde, wenn ihm alle wichtigeren Bezugsquellen abgeschnitten seien, auf die heimlich erzeugten häuslichen Produkte, den sogenannten „Moonshine“ (Mondschein), angewiesen sein. Dadurch werden, worauf General Andrews nachdrücklich hinwies, die Polizeibehörden der Einzelstaaten für die Durchführung der Antialkoholgesetze verantwortlich, worauf die Bundesbehörden schon lange hingearbeitet haben. Andrews gab schließlich der Meinung Ausdruck, daß noch auf längere Zeit hinaus nicht an eine Änderung der Bestimmungen des Prohibitionsgesetzes über leichte Weine und Bier zu denken sei.

Wiederbeginn der Sitzungen des Bayerischen Landtages. Der Bayerische Landtag nimmt zunächst in seinem Haushaltsgesetz am nächsten Montag nach der Weihnachtspause seine Arbeiten wieder auf. Der Staatshaushalt kann indessen immer noch nicht vorgelegt werden, die Vorlegung dürfte frühestens Mitte Februar möglich sein, dagegen hofft man, daß der Generalplan für die Staatsvereinfachung zur Vorlage kommen wird.

Tschekade an der Odrana. In Lomitz wurde der Sozialist Blotnikoff, der von 1906 bis 1916 gleichzeitig in der Sozialrevolutionären Partei und in der Odrana arbeitete und viele Revolutionäre aller Richtungen an die zaristische Polizei verriet, zum Tode verurteilt.

In der spanischen Marokkzone sollen zwanzig Soldaten in einem Hinterhalt der Beni Ober gerötet und niedergemacht worden sein. Der Waffenstillstand soll trotz der Überwachung der Häfen einen erheblichen Umfang angenommen haben. Daß diese spanischen Meldungen etwa nur die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes und die Zurückhaltung des Mobilitäten begründen sollen, erscheint nicht unmöglich.

Der König von Bulgarien hat neun wegen Vergehen gegen das Staatsschutzgesetz zum Tode Verurteilte begnadigt.

Pongalos auf der Anklagebank. Vor dem militärischen Untersuchungsgericht in Athen hat der Prozeß gegen Pongalos wegen Aufruhr, Beschlagnahme von Staatseigentum und Mordes begonnen. Das Urteil wird Ende dieser Woche erwartet.

schnittsmensch. Der Herausgeber des Neuen Standard-Verlags von Amerika, Horace Bizeley, hat eine originelle Methode gefunden, um jedem Menschen die Maßlosigkeit zu gewähren, sich über die Zahl der ihm geläufigen Worte klar zu werden. Kein Mensch verfügt natürlich über die halbe Million von Worten, die die englische Sprache besitzt. Ein intelligenter Arbeiter kommt mit 5000 Worten aus, ein gebildeter Mann kennt zwischen 8000 und 10 000 Worten, und einen noch reicheren Wortschatz haben nur wenige, besonders hochgebildete Personen. Bizeley hat nun Listen aufgestellt, in denen mehr oder weniger geläufige Ausdrücke zu hundert vergeordnet sind, und je nachdem jemand mit den Worten einer Liste vertraut ist, kann er durch Multiplikation die Größe seines Wortschatzes feststellen. Die Liste A zum Beispiel enthält 100 einfache Worte. Wer jedes dieser Worte kennt, darf die 100 mit 60 multiplizieren und annehmen, daß er über 6000 Worte verfügt. Die Liste B besteht aus 100 Worten, die schwieriger und seltener sind; wenn sie alle geläufig sind, darf der Betroffene mit 120 multiplizieren und kann sich so auf den Besitz von 12 000 Worten fühlen. Die dritte Liste umfaßt ungewöhnliche Worte, zum Teil Fachausdrücke. Wenn diese Liste keinen Ausdruck bietet, den er nicht kennt, darf sich für einen „Wortkrüppel“ halten. Er steht an der Spitze der Wortkammer und hat den größten Wortschatz zur Verfügung, nämlich 25 000 Worte. Er stande damit schon auf einer Stufe mit Shakespeare, dessen Wortgebrauch man mit dieser Zahl berechnet hat.

Um die Beethovenfeier der Stadt Berlin. Ueber die Frage, in welcher Form die Stadt Berlin das Gedächtnis Beethovens zur diesjährigen Jubiläumsfeier ehren soll, ist ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt. Der Gedanke eines Beethoven-Denkmals dürfte nach dem Mißerfolg des ersten Preiswettbewerbes und der Zurückziehung des zweiten Preiswettbewerbes wenig Aussicht mehr auf Verwirklichung haben; es scheint sich allmählich die Ueberzeugung durchzusetzen, daß eine Stadt wie Berlin wenig geeignet ist, als Platz für ein Denkmal zu dienen, das mit einer gewissen Andacht betrachtet werden soll, zumal Berlin ohnehin allzu reichlich mit Denkmälern gezeichnet ist. Die neuen Vorschläge, die zurzeit noch geprüft werden, versuchen eine Möglichkeit zur vollständigen Pflege Beethovenscher Musik, etwa durch den Bau eines Beethoven-Konzertsaales, zu schaffen.

„Politik und Theater“ ist das Thema einer Vortragsreihe von vier Abenden, die Julius Sals auf Einladung der Volksbühne hält. Die Vorträge finden statt am 9., 16., 23. und 30. Januar, und zwar im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königstraße, Einlaßkarten 0,60 M. je Vortrag.

Das Theater der utoren. In Moskau organisiert sich neuerdings ein „Theater der Autoren“, in welchem die Verfasser ihre Stücke selber inszenieren werden. Dieses Unternehmen stellt eine Art von Selbstregulierung der amtschreibenden Dramatiker dar, die hiermit den ersten Schritt gegen die Despotie der modernen Regiemagnaten wagen.

Die Einwohnerzahl der russischen Hauptstadt. Nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung hat sich die Einwohnerzahl von Moskau in den letzten drei Jahren um 340 000 auf 1 611 103 vermehrt. Die Einwohnerzahl von Sankt-Petersburg ist von 1 047 336 im Jahre 1920 auf 2 018 256 angewachsen.

Zur Lage in Sachsen.

Genosse Dr. Gradnauer, Bevollmächtigter Sachsens zum Reichsrat, erzählt uns Aufnahme der folgenden Zeilen:

Der Artikel des Genossen Lipinski im „Vorwärts“ vom 28. Dezember 1926 über die Regierungskrise in Sachsen läßt einige Gegenbemerkungen als dringend erforderlich erscheinen. Jedoch will ich auf die m. E. vielfach sehr anfechtbaren Ausführungen des Genossen Lipinski über die Geschehnisse der letzten Jahre nicht zurückkommen, sondern mich auf das für die jetzige Situation wesentliche beschränken.

Genosse Lipinski spricht von „standalöser, den Parlamentarismus diskreditierender Verschleppung der Wahl“ des Ministerpräsidenten. Ist denn aber die sozialdemokratische Fraktion im sächsischen Landtag gänzlich unschuldig daran, daß es zu der mehrfachen Wiederholung der Ministerpräsidentenwahl mit stets negativem Ausgang gekommen ist, und daß der negative Ausgang bei der am 11. d. M. angeordneten Wahl des Ministerpräsidenten abermals droht? Lipinski kennzeichnet die Rolle der Partei bei der Regierungsbildung mit den Worten: „Die Sozialdemokratische Partei als stärkste Partei hat die Initiative ergriffen, ein Regierungsprogramm . . . aufgestellt und veröffentlicht, den Genossen Fleißner als Ministerpräsidenten vorgeschlagen und den anderen Parteien ohne Fühlungnahme überlassen, für Fleißner zu stimmen.“ Es erscheint jedoch sehr zweifelhaft, ob dieses Verhalten als eine wirkliche, politische sinnvolle Initiative angesehen werden kann. Die Partei hat 31 Mandate von 96 und glaubt nun einfach erklären zu dürfen: Dies ist unser Kandidat, wir überlassen es allen anderen Parteien, sich uns anzuschließen oder nicht; alles weitere geht uns nichts an. Ist dies wirklich der geeignete Weg, um zum Ziele einer neuen und dauernden Regierungsbildung zu gelangen? Allerdings, die Kommunisten haben sich darauf eingelassen und haben den sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Es ist aber hinreichend bekannt, daß die Kommunisten dies nur tun, um die Sozialdemokratische Partei Sachsens immer mehr ihrer Agitations- und Missionspolitik untertan zu machen. Wo aber sonst, sei es im Reich, sei es in einem deutschen Lande, glaubt man, bei dem Vorhandensein einer großen Anzahl von Fraktionen eine Regierungsbildung in der Weise herbeiführen zu können, daß man sagt: Dies ist unser Programm, ihr anderen alle habt über den Stock zu springen! Es war von vornherein vorauszusetzen, daß bei einem solchen Verfahren nichts Gedeihliches zustandekommen könne. Eine Initiative, die dieses Namens wert wäre, müßte vielmehr darin bestehen, daß man, da man selbst kaum ein Drittel der Mandate besitzt, mit anderen verhältnismäßig nahestehenden Fraktionen Fühlung nimmt, um eine Mehrheitsbildung zu erreichen. Dieser für jeden, der auf dem Boden der Demokratie und des Parlamentarismus steht, selbstverständliche Weg ist leider nicht beschritten worden.

Die Folge dieses verkehrten Verhaltens ist nun die von Lipinski selbst schließlich ganz zutreffend gekennzeichnete, indem er sagt: „Sind die Missozialisten nicht selbstlos genug, bei der nächsten Wahl für Fleißner zu stimmen, so bleibt nur die Auflösung dieses Landtages oder — der Bürgerblock.“ Lipinski verlangt also von den Missozialisten ein besonderes Maß von Selbstlosigkeit, und in der Tat ist das, was er von ihnen fordert, nichts Geringes. Man mag die Entwicklung der Parteiverhältnisse in Sachsen aufs äußerste bedauern, aber man muß doch mit der nun einmal gegebenen Tatsache rechnen, daß der ganze Sinn der missozialistischen Politik in Sachsen darin liegt, daß sie eine sozialdemokratische Regierung, die abhängig ist von den Kommunisten, als ein Unglück für das Land ansehen, und daß sie daher für die gegenwärtige Periode eine Koalition der Mitte, in der die Sozialdemokratie die führende Rolle hat, als das Erreichbare und Beste erachten. Lipinski mutet also der kleinen Schaar der USPS. zu, daß sie ihre bisherige Überzeugung völlig verlassen soll, während er selbst nicht das geringste Entgegenkommen, geschweige denn Selbstlosigkeit üben will. Weiter, erklärt er, soll der Bürgerblock kommen! Das wäre dann wirklich eine hohe politische Kunst, es dahin zu bringen, daß im Arbeiterlande Sachsens eine rein bürgerliche Regierung zustande käme! Indem man eine Koalitionspolitik, wie sie in verschiedenen deutschen Ländern besteht und wie sie im Reich von der Sozialdemokratie nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern gegenwärtig sogar mit Nachdruck erstrebt wird, für den Freistaat Sachsen zurückweist, will man lieber die ganze politische Macht in die Hand der Rechtsparteien hinüberspielen. Lipinski verweist dann nur noch auf den späteren „Tag der Abrechnung“. Der Landtag ist aber soeben gewählt, und der „Tag der Abrechnung“ ist vielleicht recht fern. Bis dahin kann reichlich viel Schaden für das Land und seine Arbeiterschaft angerichtet werden. Das ganze ist eine Politik des Alles oder Nichts, die unsere Partei im allgemeinen seit langem überwunden hat.

Zur Stunde ist nicht abzusehen, wie der erneute Versuch, einen Ministerpräsidenten zu bestellen, am 11. Januar ausgehen wird. Bis jetzt ist eine Aussicht auf das Zustandekommen der Wahl nicht gegeben. Die Rechtsparteien haben sich in der Hoffnung gelauert, daß die vier Abgeordneten der USPS., die das Jünglein an der Wage bilden, auf ihre Wünsche eingehen und einem Bürgerblockkandidaten zustimmen würden. Falls bei der Wahl wiederum kein Vorschlag die Mehrheit der abgegebenen Stimmen findet, so bleiben, wie mir scheint, nur zwei Möglichkeiten, auf die man freilich bei vernünftiger Politik schon längst hätte kommen sollen. Die erste Möglichkeit, die ich noch immer für die sachentsprechendste ansehe, wäre die, daß die SPD. in Sachsen aus ihrer bisherigen Scheininitiative sich aufrüstet und sich zu einer wirklichen politischen Initiative entschließt, das heißt, daß sie, von dem von ihr aufgestellten Regierungsprogramm ausgehend, in Verhandlungen mit den Missozialisten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei über die Bildung einer Koalitionsregierung eintritt. Man wird vielleicht einwenden — wie auch Genosse Lipinski in seinem Artikel behauptet — die Partei habe sich zu sehr auf die Gegnerschaft gegen eine solche Koalitionsregierung festgelegt. Es muß jedoch eindringlich daran erinnert werden, daß vor der Landtagswahl in der Parteipresse Sachsens immerfort zu lesen war: Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Koalitionsregierung, nur die Art der Regierungsführung durch die bisherigen Minister hat die tiefste Misstimmung erregt. Logischerweise müßte jetzt gerade die Lösung lauten: Nun wollen wir beweisen, wie man mit tüchtigeren Männern eine brauchbare Koalitionsregierung führen soll. Wenn jedoch, wie ich befürchte, diese Möglichkeit bei der jetzigen Verhärthung der Situation von der SPD. nicht mehr ergriffen wird, so bliebe schließlich die andere übrig, daß die bisherigen Koalitionsparteien (D. Sp., Dem. P. und USPS.) sich auf eine Ministerpräsidentenkandidatur vereinigen und mit den anderen Parteien über ihren Anschluß in Verhandlungen treten. Das wäre dann die letzte Stunde für die SPD., aus der fast aussichtslosen Situation herauszugetreten. Würde auch diese Möglichkeit nicht genutzt, so darf man sich nicht wundern, wenn das „rotz. Sachsen“ mehr und mehr den Rechtsparteien in die Hände gespielt wird.

Rund um die kleinen Beleidigungen.

Sie gut gekleidet, schlant, etwa 35 Jahre alt, mit verwehten und abgelebten Gesichtszügen, die geschiedene Frau eines Schuhmachers. Er, der Beklagte, ein junger, verheirateter Kellner, der irgendwo in einem kleinen Restaurant im Norden Berlins beschäftigt ist, soll die Frau fälschlich beleidigt haben. Der Einzelrichter fälschlich und geschäftsmäßig zu der geschiedenen Frau: „Wollen Sie einen gültigen Vergleich schließen?“ „Kommt nicht in Frage“, tönt prompt die Antwort der Klägerin.

Also Beweisaufnahme. Der junge Kellner erzählt die Vorgeschichte. Sie sind Wohnungsnachbarn. Erst diese Freundschaft, plötzlich Abkühlung und schließlich offener Bruch. Klatsch und Tratsch sorgte dafür, daß das Feuer geschürt bleibe. Gute und liebe Nachbarn wies sich als Hülfsdiener an. Sie sind alle erschienen. Eines Tages spricht die geschiedene Frau mit einem Schupo über — Juristisches. Der Kellner, aufgestockelt von seiner Frau, sieht die beiden vor der Haustür klatschen. Zornbebend stürzt sich der Kellner auf die Frau. Badpfeifen! Der Schupo rettet.

Die Klägerin steigt, juristisch ist sie im Recht. Der Kellner hat sie fälschlich angegriffen. 30 Mark Geldstrafe ist der Richterspruch.

Ein anderes Bild. Der Gerichtssaal füllt sich mit Kurfürstendamm-Lust. Mondänes Parfüm strömt herein. Es erscheint, im pompösen Rerzmannel gehüllt, eine recht komplette Frau, die Beklagte. Sie trägt kostbaren Perlenkranz um den Hals und Brillanten blitzen am Finger. Sie spricht wackelnd bayerischen Dialekt.

Er, junger Kaufmann, im Nebenberuf Hausbesitzer, tritt als Beleidigter auf. Es sind die Nachwehen einer Räumungsflage. Dem Kaufmann gelang es, die ihm unliebsame Mieterin hinauszujagen. Als aber einmal ihre Freundin die ermittelte Mieterin besuchte, wollte ihr der Hausbesitzer das Haus verbieten.

Empört über solche Zuanutung schickt sie ihm einen laugroben Brief. Sie schreibt: „Sie haben nicht ihre fünf Sinne beisammen . . . Bödsinn . . .“ und andere Anzüglichkeiten.

Der Kampf um die Grundschule.

Zur sozialdemokratischen Lehrertagung in Berlin.

Die Bezirksgruppen Berlin, Frankfurt a. d. O. und Potsdam der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hielten am 3. Januar eine Tagung in Berlin ab. Nachdem der Genosse Ernst Schulz, Reutal für den erkrankten Genossen Böhm in einer Begrüßungsansprache auf die wichtige, aber außerordentlich schwierige Vorpostenstellung des Lehrers in der Provinz hingewiesen hatte, referierte Genosse Dr. Löwenstein über die erneute Bedrohung der Grundschule. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung, die sich besonders auch an die Führer des Deutschen Lehrervereins und der katholischen Lehrerverbände richtet. Gerade das Zentrum, das immer wieder von der Einheit des Volksganges spricht, hätte alle Ursache, die Einheitschule der Zukunft nicht durch eine Sabotierung der Grundschule zu gefährden. Man muß hoffen, daß die Lehrerverbände noch in den ersten Januartagen bei den Fraktionen der Mittelparteien vorstellig werden, um drohendes Unheil zu können. Die Entschließung lautet:

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und der Bezirk Berlin, Potsdam, Frankfurt a. d. O. sehen in den Anträgen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, den Abbau der Volksschule und Privatschulen betretend, eine weitere Verschleppung der Durchführung des Grundschulgesetzes und eine ernste Gefährdung der Grundschule überhaupt. Sie fordern daher vom Reichstag und besonders von der Sozialdemokratischen Partei die Befolgung dieser Anträge, die eine Verlegung der Reichsverfassung und des Grundschulgesetzes darstellen. Sie fordern ferner alle Lehrerverbände auf, mit ihnen gemeinschaftlich die Öffentlichkeit über dieses neue Attentat gegen die Grundschule zugunsten der Erhaltung der Privatschulen zu unterrichten.

Dann berichteten die Genossen Schulz (Classe-Spremburg) und Regierungsrat Wagner (Potsdam) über den Stand der sozialistischen Lehrerbewegung in der Provinz. Infolge einer Personalpolitik des preussischen Ministeriums, die sozialistische Schulaufsichtsbeamte fast völlig ausschaltete, und unter wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott haben die sozialdemokratischen Lehrer schwer zu kämpfen. Diese Kämpfe scheiden aber auch die Geister und haben den Erfolg, daß gerade in gefährlichen Gebieten nur außerordentlich erprobte und tüchtige Genossen in unseren Reihen zu finden sind. Langsam, aber stetig wächst auch unsere Bewegung da draußen im Dorf und in der Kleinstadt. Aus den Worten der Referenten und Diskussionsredner sprach die starke Zuversicht, daß immer mehr Lehrer erkennen werden, daß pädagogischer, sozialer und politischer Fortschritt nur an unserer Seite zu erkämpfen ist. An die führenden Parteigenossen erging die Mahnung, sich auch der großen Bedeutung einer sozialistischen Lehrerschaft bewußt zu werden. Der Genosse Krüger vom Bezirksverband Brandenburg der Partei, der wertvolle organisatorische Winke gab, betonte die Notwendigkeit, gerade im Dorfe sozialistische Lehrer zu haben.

Zum Schluß der Tagung wurde noch ein Antrag der Genossen Goldbach-Weigert zur Junglehrernat einstimmig angenommen. Der Antrag ersucht unsere Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die im vorigen Jahr bewilligten und für 1927 abgesetzten Reichsmittel für die Junglehrer wieder eingesetzt werden. Besonders die Junglehrer befinden sich in der gleichen Notlage wie das Gesamtproletariat, weshalb ihnen die besondere Fürsorge der Sozialdemokratie zugewendet werden muß. Nach fast stündlicher Dauer wurde die Tagung durch den Genossen Hildebrandt-Potsdam geschlossen.

Brand in einer Hofenträgerfabrik.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute früh gegen 4 1/2 Uhr nach der Klosterstr. 13 gerufen, wo in der zweiten Etage des Vorderhauses, in dem sich nur Geschäftsräume befinden, Feuer ausgebrochen war. Als die Wehren an der Brandstelle erschienen, war das Treppenhaus schon bereits verqualmt, daß die Mannschaften nur mit Rauchschutzhelmen versehen, nach oben vordringen konnten. Die mehrfach geschickten Turen mußten erbrochen werden, so daß kostbare Zeit verstrich. Von der Straße aus wurde eine mechanische Leiter hochgewunden. Das Feuer, das in dem Vorratssaal einer im zweiten Stockwerk gelegenen Hofenträgerfabrik ausgebrochen war, hatte bereits auf den angrenzenden Expeditionsraum und durch einen Entlüftungsschacht nach unten auf die erste und nach oben auf die dritte Etage übergegriffen. Zum Glück konnte das Feuer gut gelöst, abgeriegelt, und eine noch größere Ausdehnung verhindert werden.

Mit einem gestohlenen Auto verunglückt.

Ein Autounfall ereignete sich in der vergangenen Nacht im Norden der Stadt. An der Ecke der Garten- und Wiesenstraße rannte die Kraftdroschke LA 38826 mit solcher Wucht gegen einen Strohenbohrer, daß sie schwer beschädigt liegen blieb. Der Führer lag, als man ihn auffand, besinnungslos auf einem Sitz. Beamte des 53. Reviers brachten ihn nach dem Birchow-Krankenhaus. Er ist noch nicht wieder zu sich gekommen. Nach Papieren, die man bei ihm fand, wurde er festgestellt als ein 23 Jahre alter Kraftdroschkenführer Franz Lehmann aus der Herzogstraße zu Charlottenburg. Die Ermittlungen ergaben, daß Lehmann den Wagen, der der „Antap“ gehört, vor dem Hause Rüterstraße 6 gestohlen hatte. Die Gesellschaft wurde benachrichtigt und ließ das gestohlene Auto abschleppen. Lehmann

Der geschickte Richter versteht einen Ausgleich zu finden. Die komplette Dame nimmt mit Bedauern das Beleidigende zur. Sie glaubte, daß das Geschriebene nicht als Beleidigung aufgefaßt werden konnte, weil es den Tatsachen entsprach. Sie scheint nicht ganz unrecht zu haben. „Wenn ein Mensch im Winter einen Strohhut aufsetzt,“ beweist sie treffend, „dann kann er unmöglich normal sein.“

Mit Fortissimo beginnt die nächste Verhandlung. Frauen unter sich. Der Richter kämpft verzweifelt gegen die Redeschlacht zweier Frauen. Alle Künste verjagen.

„Das ist noch lange wahr, was ich sage.“ Die Klägerin lacht höhlich: „Gegen meine Zeugen kommen Sie nicht auf.“

„Herr Richter, jedes Wort, was die Verlon da sagt, ist selogen. Erkunten und erlogen. Das ist im ganzen Haus bekannt.“

„Nein, nein, ich lasse mir auf keine fälschliche Einigung ein. Ich lasse mich nicht beleidigen von weilen „olle Sau“ und in den Bett.“

„Das ist wohl ja nichts, Herr Richter, wenn sie mir alle Kuh genannt hat?“

Der Richter begütigend: „Na, hören Sie einmal. Hat es demn Wirklich einen Zweck? Müß denn immer geklagt werden?“

Es hilft alles nichts. Keine gültigen Ermahnungen, noch ernste Rügen fruchten. Der Richter muß in diese Klatschaffäre hinabsteigen. Die Beweisaufnahme schneidet ab. „Erzählen Sie mal.“ Sind Sie dabei gewesen? Haben Sie den Ausbruch gehört? In epischer Breite, durchstochen mit Berliner Mutterwitz, berichtet der Zeuge. „Wollen Sie den religiösen oder den weltlichen Eid leisten?“ „Herr Rat, das ist mir ganz egal; ich leiste jeden Eid.“ Es bleibt beim religiösen.

Die unbeteiligten Zuhörer lachen belustigt über die komischen Szenen. Die feindlichen Parteien bleiben bitterernst.

Wie sagt Helene: „Doch es will mich schier bedünken, so als ob sie beide stinken.“ Das Urteil: 5 Mk. Geldstrafe.

hatte bereits am 1. Januar Besch mit einem gestohlenen Wagen. Er wurde in der Garde-du-Corps-Straße mit der Autodroschke LA 2760 von einem Schupobeamten angehalten, weil er den Wagen nicht richtig beleuchtet hatte. Da ergab sich dann, daß er die Droschke von der Ecke der Kant- und Wilmersdorfer Straße weggestohlen und für seine Rechnung drei Fahrgäste nach der Garde-du-Corps-Straße gebracht hatte. Er erklärte, daß er seit November vorigen Jahres stellungslos sei und von der Erwerbslosenunterstützung nicht leben könne. Deshalb habe er die fremde Droschke genommen, um mit ihr das Erwerbslose zu verdienen. Ob er in der vergangenen Nacht wieder Fahrgäste gehabt hat, weiß man noch nicht.

Der Erpresser Breslauer geflüchtet.

Rememord „als neuestes Schuttmittel“.

Der Erpressungsversuch an Dr. h. c. Himmelsbach, über dessen Einzelheiten wir bereits berichtet haben, hat jetzt eine neue, wiederum sehr interessante Wendung genommen, die augenblicklich alle Behörden beschäftigt, da die Angelegenheit jetzt von den höchsten Justizbehörden in Preußen nach Anforderung der Akten bearbeitet wird. Am Weihnachtsheiligabend war der Führer des Erpresser-Hebblattes, der Kaufmann Martin Breslauer, aus der Untersuchungshaft entlassen worden, nachdem ein Besuch seines Vaters bei der Staatsanwaltschaft eingelaufen war, in dem es hieß, daß der Sohn, falls er auf freien Fuß gesetzt würde, sich keineswegs der Verantwortung entziehen werde. Staatsanwaltschaftsrat Herrmann hob daraufhin die Haft auf, jedoch nur unter der Bedingung, daß Breslauer sich jeden Tag bei der Polizei zu melden habe, und daß er keinen Aufenthaltswechsel ohne Genehmigung der Behörde vornehmen dürfe. Dieses Versprechen hat der Schwindler jedoch sehr schnell gebrochen. Als in der Presse die ersten Mitteilungen über den Anschlag gegen Dr. Himmelsbach erschienen, zog er es vor, die wiedergewonnene Freiheit dazu zu benutzen, den heißen Boden zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen, zumal bei der Staatsanwaltschaft II noch eine von Landgerichtsrat Hennig geleitete Voruntersuchung gegen ihn ebenfalls wegen schwerer Delikte schwebt.

Ob es gelingen wird, Breslauer in absehbarer Zeit wieder zu verhaften, muß zunächst bezweifelt werden, denn der Gauner, der auch im Auslande, besonders in Frankreich, erfolgreiche Gauffeire gegeben hat, wurde seinerzeit von der Staatsanwaltschaft II Berlin über ein Jahr verfolgt, ohne daß es gelang, des außerordentlich raffiniert vorgehenden Mannes habhaft zu werden. Die Staatsanwaltschaft hat nun nach seinem Verschwinden zwar erneut Haftbefehl gegen ihn herausgebracht, doch ist es wie gesagt fraglich, ob Breslauer überhaupt noch auf deutschem Boden weiß, oder er nicht durch die Hilfe von Freunden die Grenze bereits passiert hat.

Im übrigen beginnt die Behauptung, daß man sich von Wörtern bedroht fühle, jetzt offenbar Schule zu machen, denn nach unseren Informationen beschäftigt eine ähnliche Angelegenheit des Verlegers Fernbach die zuständigen Stellen. Fernbach selbst wird neuerdings von den Leuten, die im Fall Himmelsbach eine Rolle gespielt haben, schwer belästet. So behauptet Wiert, der zusammen mit Breslauer und Schneider die Erpressung verflucht hatte, daß er ebenso wie Breslauer und Schneider die eidesstattlichen Erklärungen erst abgegeben hätten, als ihnen bestimmte Geldbeträge zugesichert worden seien. Ferner seien ihnen bestimmte Beträge dafür versprochen worden, wenn sie bei ihrer Vernehmung durch die Untersuchungsrichter auch bei der Sprache blieben, und ferner behaupten sie, daß Fernbach sie zu den Vernehmungen in Moabit selbst gebracht hätte.

Verhaftung in der Affäre Dr. Meyer.

Nachdem die Ermittlungen in der Moabiter Affäre bereits abgeschlossen worden waren, so daß auch schon die Anlagen erhoben worden sind, ist man neuer, weiter zurückliegenden Fällen von Aktenbeseitigungen auf die Spur gekommen. Die Folge davon war, daß der Bureauvorsteher Hübner des in die Affäre mitverwickelten Rechtsanwalts Dr. Ludwig Meyer gefesselt vom Ermittlungsrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Strudmann, nach längeren Vernehmungen und Gegenüberstellungen mit den mitverdäugigen Justizbeamten Palte und Koffel vorläufig festgenommen wurde. Es handelt sich um eine Aktenbeseitigung aus dem Jahre 1925, und anheimelnd dürfte das der erste Fall dieser Art gewesen sein. Der festgenommene Bureauvorsteher Hübner war früher Registratur bei Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal und wurde, als Dr. Ludwig Meyer die Praxis dieses Anwalts erwarb, bei ihm Bureauvorsteher.

Explosion auf einem französischen Schulschiff.

12 Tote und 31 Verletzte.

Wie „Havas“ aus Baltimore mittelt, brach an Bord des französischen Segel-Schulschiffes „Richelieu“ infolge einer Explosion Feuer aus. Die weiteren bisher vorliegenden Berichte sind sehr widersprüchlich. Während die „L.-U.“ von drei Toten spricht, berichtet „W.B.“, daß sechs Personen getötet worden sind. 31 Personen sind verletzt. Die eine Lesart will wissen, daß drei Gebiete Kadetten des Schulschiffes sind, während eine andere Nachricht mittelt, daß alle Kadetten unversehrt sind. Die „Richelieu“ war gerade mit dem Einladen von Besch beschäftigt, als sich das Unglück in einer der Luken ereignete; die Dockarbeiter waren bereits vor der Explosion von Bord gegangen.

Nach den letzten Meldungen sind bei der Katastrophe 12 Personen verbrannt.

Wie steht's mit der Rätegesetzgebung?

Wo bleibt das Zwischenstück?

Die Fortführung der Rätegesetzgebung wird im neuen Jahr für den Reichstag eine seiner Hauptaufgaben sein, denn durch die Mängel dieser Gesetzgebung haben sich vor allem im Betriebsrätewesen, wie die seit Wochen in der Arbeiterpresse sich mehrenden Klagen zeigen, geradezu unhaltbare Zustände herausgebildet. Die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes und die Bestätigung des Reichswirtschaftsrates müssen so bald wie möglich in Angriff genommen werden. Unter diesen Umständen verdient die Stellungnahme der Stuttgarter Betriebsrätekonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Frage des Betriebsrätegesetzes und des endgültigen Reichswirtschaftsrates besondere Beachtung.

Die Lücken der Rätegesetzgebung

werden, wie Genosse Otto Eichler in seinem Vortrag über die notwendigen Verbesserungen des Betriebsrätegesetzes hervorhob, von den Unternehmern in gerissener Weise ausgenutzt. Diese Ausnutzung wird durch offensichtlich rechtswidrige Gerichtsentscheidungen unterstützt. Eichler forderte deshalb zu reichenden Entlassungsschutz für diejenigen Personen, die als Wahlvorstand bestellt sind sowie für die Personen, die als Betriebsräte kandidieren. Auch dürfe deren Verletzung in einem anderen Betrieb nur mit Zustimmung des Arbeitsgerichts geschehen. Andauernde Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit als Grund für fristlose Kündigung müsse aufheben. In einer Entschließung weist die Konferenz, die sich im übrigen die Vorschläge Eichlers zu eigen machte, darauf hin, daß der jetzige § 50 des BRG die

Bildung von Gesamtbetriebsräten

für das Unternehmen verhindert. Voraussetzungen für die Wahrung der Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit sei aber der Zusammenschluß der Betriebsräte eines Unternehmens auf der Grundlage der gegenwärtigen Unternehmungsformen (Trust und Konzern). Die Konferenz hält deshalb die Bildung von Gesamtbetriebsräten für alle Unternehmungen, unabhängig von der formalen Selbständigkeit (Konzernbetriebe), dem Standort und dem

Betriebszweck der einzelnen Betriebe, für dringend erforderlich. Ebenso sind gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, nach welchen in Großunternehmungen die Zahl der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat auf mindestens vier erhöht wird. Dies hat auch auf das Gemeinschaftsorgan der Konzerne (Dachgesellschaft) Anwendung zu finden. Eingehend beschäftigte sich Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser mit der

Gestaltung des Reichswirtschaftsrates

Mit dem Aufbau der Rätegesetzgebung, betonte er, muß unten begonnen werden. Das Zwischenstück zwischen Betriebsräten und Reichswirtschaftsrat fehlt. Auch die neue Regierungsvorlage spricht nicht von diesem Zwischenstück. Bei der Regelung der Rätefrage müssen Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern eingegliedert werden. Die Arbeiter müssen auf einer organischen Verbindung der Handels- und Arbeiterkammern bestehen. Der Artikel 165 der Verfassung muß endlich erfüllt werden. Solange die künftige Beschaffenheit der Handelskammern nicht geklärt ist, darf die Vorlage für den endgültigen Reichswirtschaftsrat nicht angenommen werden. Die Arbeiterkammer will

den Reichswirtschaftsrat nur als Gutachterstelle.

Gesetzgebende Körperschaften sind bereits genug vorhanden. Wohl aber muß verlangt werden, daß die Vertreter des Reichswirtschaftsrates dessen Vorlagen vor dem Reichstag vertreten können. Die dreiteilige Gliederung in Unternehmer, Arbeiter und „sonstige Volkstreife“ schafft nur eine formale Parität, praktisch aber eine Zweidrittelmehrheit für das Unternehmertum, da die „sonstigen Volkstreife“ nur eine verkappte Unternehmerabteilung darstellen. Durch diese Vorkehrung ist die Vorlage für die Arbeiterkammer unannehmbar. Zwischen Betriebsräten und Reichswirtschaftsrat muß eine organische Verbindung hergestellt werden. In der vorliegenden Gestalt ist die Ablehnung des Entwurfs durch die Arbeitervertretung unvermeidlich. In einer einstimmig angenommenen Entschließung trat die Konferenz den Forderungen Aufhäusers bei.

Die Berufsschulen in Preußen.

Warum Hochschulbildung der Berufsschüler?

Zu unserem Bericht über die öffentliche Verammlung der preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft in Nr. 2 des „Vorwärts“ wird uns von einem Berufsberater geschrieben:

„Neben vielen Forderungen, die ja auch von den sozialdemokratischen Landtags- und Reichstagsfraktionen zur Verbesserung der Berufsschulen erhoben werden, bildet auch die Forderung nach Hochschulbildung der Berufsschüler einen Gegenstand der Beratung. Mir scheint, als ob diese Forderung doch wohl einen allzu durchsichtigen Zweck verfolgt. Zweck und Sinn der Berufsschulen ist doch der, dem gewerblich tätigen jugendlichen Arbeiter sowie dem Lehrling über den Rahmen des Volksschulwissens hinaus ein schulisches, berufliches Wissen in Verbindung mit dem Allgemeinwissen zu vermitteln. Dabei dürfte doch ohne weiteres zugegeben werden, daß das Schwergewicht dieser Weiterbildung auf der beruflichen Fachausbildung zu liegen hat.“

Das preussische Handelsministerium hat in Erkenntnis dieser Notwendigkeit auch die Zulassungsbestimmungen zum Gewerbelehrerseminar bisher so abgefaßt, daß tatsächlich das Schwergewicht der beruflichen Vorbildung eines künftigen Gewerbelehrers in seiner fachlichen Ausbildung zu suchen ist. Eine Verordnung, die durchaus notwendig und berechtigt ist. Mir sind aus meiner beruflichen Arbeit eine ganze Reihe von Innungsfachschulen bekannt, an denen befähigte Gesellen und Meister unterrichten, und von denen man ohne weiteres zugeben muß, daß sie bezüglich der fachlichen Ausbildung ihrer Lehrlinge hervorragendes geleistet haben. Es wäre auch durchaus verständlich, wenn bei der Ausbildung der Gewerbe- und Berufsschullehrer nach dieser Seite hin erhöhte Anforderungen gestellt werden. Warum also der Ruf nach Hochschulbildung? Es kann keiner Berufsgruppe verargt werden, wenn sie versucht, ihre Ausbildung so hoch wie möglich zu gestalten. Daß dies aber nie im vorliegenden Falle auf Kosten der nachkommenden Generation geschehen soll, halte ich für außerordentlich verfehlt.“

Wie die Bestimmungen des Handelsministeriums zurzeit lauten, ist es auch einem tüchtigen Gesellen möglich, durch den 4 bis 5 Semester dauernden Besuch einer höheren staatlichen oder städtischen Fachschule die Zulassung zum Gewerbelehrerseminar zu erwirken. Wenn jedoch künftig die Hochschulbildung als unbedingte Voraussetzung gelten soll, so besteht meines Erachtens die Gefahr, daß es dann einem Handwerker nicht mehr möglich sein wird, dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus bin ich der Ansicht, daß es gerade an den Berufsschulen unbedingt notwendig ist, daß der Lehrer vor allen Dingen über das notwendige fachliche Wissen und auch über die notwendigen Kenntnisse des ganzen Werkstattemilieus verfügt. Denn nur dadurch ist er in der Lage, die häufig sehr bunt zusammengelegte Schär seiner Berufsschüler zu verstehen und den Unterrichtsstoff entsprechend ihrer Einstellung zu gestalten. Was nützt es, wenn der Lehrer ausgestattet mit einer guten Hochschulbildung vor jugendlichen Arbeitern und Werkstattelehrlingen steht und innerlich keinerlei Verbindung und Kontakt mit den vor ihm stehenden Schülern hat, weil ihm eben deren Milieu vollkommen fremd ist.“

Ich bin daher der Ansicht — und mit mir auch viele meiner Kollegen — daß die zurzeit bestehenden Vorschriften des preussischen Handelsministeriums zur Sicherung eines guten Gewerbelehrernachwuchses vollkommen hinreichen, und daß zur Erreichung besserer Gehaltsbedingungen andere Wege gegangen werden müssen als die Abdrosselung des

Nachwuchses. Auf eine solche läuft meines Erachtens die Forderung nach Hochschulbildung letzten Endes hinaus. Soweit mir bekannt, haben die wenigsten der heute amtierenden Gewerbe- und Berufsschullehrer Hochschulbildung, und sicherlich werden sie deswegen ihre eigenen Leistungen nicht geringer einschätzen wollen.“

Der Lohnstreit in der Seefischerei beigelegt.

Hamburg, 5. Januar. (W.Z.) Zur Beilegung des Lohnstreites in der deutschen Seefischerei wurde gestern nach längeren Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium bestellten Hamburger Schlichter Dr. Stenzel eine Vereinbarung erzielt, wonach die Heuern um 5 bis 6 Proz. erhöht werden. Die Regelung gilt für das Jahr 1927. Rur bei wesentlicher Veränderung der Lebenshaltungskosten kann eine Nachprüfung der Heuern ab 1. Juli d. J. stattfinden.

Zusammenschluß in der Tschechoslowakei.

Prag, 5. Januar. (W.Z.) Am 1. Januar sind die deutschen Gewerkschaftsverbände in der Tschechoslowakei dem tschechischen Gewerkschaftsbund beigetreten. Der tschechische Gewerkschaftsbund zählt nun mehr als 600 000 Mitglieder. Am 20. Februar findet im Prager Gewerkschaftshaus die feierliche Einigungskonferenz der Vorstände der beiden Gewerkschaftsverbände statt. Der Amsterdamer Sekretär der Gewerkschaftsinternationale Dudgeet wird die Festrede halten.

Der Achtstundentag in Belgien.

Wie aus Brüssel berichtet wird, veröffentlicht das „Journal Officiel“ ein königliches Dekret, das das Gesetz über den Achtstundentag auf alle Ladengeschäfte ausdehnt.

Streikbewegungen in Argentinien.

(W.Z.) Nach Angaben des argentinischen Arbeitsministeriums wurden in der Zeit von Juli 1925 bis Juli 1926 in Buenos Aires 67 Streiks durchgeführt, an denen insgesamt 6837 Arbeiter beteiligt waren. Kennzeichnend für die Schwäche der argentinischen Gewerkschaftsbewegung ist die Tatsache, daß diese Streiks fast ausschließlich auf Einzelbetriebe entfielen und 55 der Konflikte ohne Erfolg beendet wurden. In den erfolgreichen Streiks waren 2736 Arbeiter beteiligt, wovon 678 Mitglieder des freigewerkschaftlichen Bundeszentrale angeschlossenen Bekleidungsarbeiterverbandes. Die durchschnittliche Dauer der Streiks betrug 4,3 Arbeitstage im zweiten Halbjahr 1925 und 11 Arbeitstage im ersten Halbjahr 1926. Die kurze Dauer der Streiks und der geringe Erfolg muß wohl auf das Fehlen von regelmäßig gespeisten Widerstandskassen, die vielfach von anarcho-syndikalistischen Prinzipien bestimmte Streiktaktik und die innere Schwäche der meisten Gewerkschaften zurückgeführt werden.

Hoffentlich wird die aufklärende Arbeit der Führer der dem IGB angeschlossenen freigewerkschaftlichen Bundeszentrale, die überall Fuß zu fassen beginnt, den Mitgliedern der anderen Gewerkschaften bald die Einsicht vermitteln, daß erfolgreiche Aktionen nur auf dem Wege moderner gewerkschaftlicher Kampfmethoden möglich sind.

Die Fachabteilung der Friseurgehilfen (Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes) hielt am 2. Januar in Haverlands Festhöl eine Fete ab, die hauptsächlich der Besserung der Kinder

der Mitglieder, insbesondere der der erwerbslosen Kollegen, galt. Die Veranstaltung nahm einen guten Verlauf und verstärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Ueber die Gastwirtsbetriebe in Friedrichshagen wird uns vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angelegten mitgeteilt, daß die Lokale Hubertus, Inhaber Gastwirt Maus, und Café Rignon, Inhaber Danziger, für organisierte Gastwirtsgehilfen geperert sind. Auch die Sperre über den Betrieb Neu-Helgoland bei Bahndorf besteht weiter.

Geregt sind die Verhältnisse in folgenden Betrieben: Müggelschloß, Inhaber Wiegert; Strandloshof, Rubezahl, Inhaber Müller; Prinzengarten, Inhaber Brinz. — Vereine, welche beabsichtigen, für das kommende Jahr Ausflüge nach Friedrichshagen und Umgebung zu machen, werden gebeten, sich zuvor an den Zentralverband, Elshofer Straße 86/88 (Nordend 1813 und 804), zu wenden.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 24. Dezember 1926 1.351.000, das sind 41.261 mehr als in der Vorwoche.

Wirtschaft

Aufwertung und Spartätigkeit.

Die Aufwertung in den Konsumvereinen.

Von Konsumgenossenschaftlicher Seite werden wir in beachtenswerter Weise auf die Unterschiede aufmerksam gemacht, die zwischen den Aufwertungsmethoden der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Kassen und denjenigen der konsumgenossenschaftlichen Spareinrichtungen bestehen. Auf die erhebliche Besserstellung der Sparkasseneinleger gegenüber den Kunden der Privatbanken, die alles verloren haben, haben wir schon früher aufmerksam gemacht.

Bekanntlich ist der Aufwertungssatz für die öffentlichen Sparkassen allgemein auf 12 1/2 Proz. festgelegt; die Konsumvereine waren fast ausnahmslos in der Lage, die ihnen anvertrauten Gelder höher aufzuwerten. So hat z. B. die Konsumgenossenschaft Berlin durch Generalversammlungsbefehl zwanzig Proz. als Aufwertungssatz bestimmt. Noch größer sind die Verschiedenheiten zugunsten der konsumgenossenschaftlichen Sparkassen, wenn man die Art und Weise der Aufwertungsrechnung näher ansieht. Bei den öffentlichen Sparkassen ist das sogenannte Wilhelmshavener System zugrunde gelegt, wonach nur die Papiermarkeneinzahlungen eine Umrechnung in Goldmark erfahren. Bei den Konsumvereinen werden die Papiermarkeneinzahlungen wie die Einzahlungen in Goldmark umgerechnet und in diesem geringeren Betrage dem aufzuwertenden Guthaben in Abzug gebracht, wodurch erhebliche Summen den Sparern erhalten blieben. Das Wilhelmshavener Aufwertungssystem, in der Konsumgenossenschaftsparkasse angewandt, hätte den Konsumvereinen einen viel höheren nominellen Aufwertungssatz ermöglicht.

Die letzte Aufwertungsverordnung läßt auch erhebliche Unterschiede in der Verzinsung und in der Rückforderungsberechtigung aufweisen. Bei den öffentlichen Sparkassen erfolgt eine Verzinsung der aufgewerteten Spargeldsummen erst vom 1. Januar 1927 ab und zwar mit 3 Proz.; die Sparkasse der Konsumgenossenschaft hat die Verzinsung bereits zwei Jahre früher, am 1. Januar 1925, eintreten lassen zu dem gleichen Zinssatz wie für neue Spareinlagen; dieser Zinssatz betrug zuerst 6 Proz. und beläuft sich zurzeit auf 4 1/2 Proz. Weitere Vorteile für den Sparern in der Konsumgenossenschaft ergeben sich hinsichtlich der Rückforderungsberechtigung der aufgewerteten Beträge. Die neue Aufwertungsverordnung bestimmt, daß die Gläubiger der öffentlichen Sparkassen erst vom 1. Januar 1930 ab berechtigt sind, ein Drittel des aufgewerteten Spargeldbetrages zu kündigen; keine Erleichterungen sind vorgesehen für die im Alter von mehr als 65 Jahren stehenden Sparern und für Gläubiger mit nachweisbar unter 800 Mark liegendem Jahres Einkommen. Die Berliner konsumgenossenschaftliche Sparkasse gibt ihre gesamten aufgewerteten Spargelder ohne Einschränkung des Rückzahlungsbetrages bereits vom 1. Januar 1927 ab für Rückbildungen und Abhebungen frei; bedürftigen Sparern ist sie noch weiter entgegengekommen, indem sie einige Hunderttausend Mark schon in den Jahren 1925-26 zurückerstattet hat.

In diesen Vorteilen ist wohl zu einem guten Teil der starke Aufschwung der Berliner Konsumgenossenschaftsparkasse in den letzten Jahren begründet; das Vertrauen der Sparern zu ihrem eigenen Unternehmen ist gestärkt worden. Trotz der Wirtschaftskrise, die ja besonders stark auf der sich zu 80 Proz. aus Arbeitern zusammensetzenden Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaftsparkasse lastet und dem übergroßen Teil der Mitglieder das Sparen unmöglich macht, wächst der Einlagenbestand monatlich um rund 1/2 Million Mark und hat heute bereits die 13. Million erreicht. Sicher führt zu dieser bevorzugten Benützung der Konsumsparkasse durch die Mitglieder auch der Gedanke, daß für die Geldanlage in der Konsumgenossenschaft Gewähr geboten ist, daß die Spargelder gemeinwirtschaftliche Verwendung finden.

Aus der Partei.

„Die Gesellschaft“. Das soeben erschienene Heft Nr. 1 (Januar 1927) bringt u. a. folgende Artikel: Dr. Karl Renner: Wien: Der Streit um die Demokratie. — H. N. Brailsford: London: Die verlorene Schlacht der Bergarbeiter. — Dr. Gregor Bienenstock: Frankreich vor der Stabilisierung. — Karl Kautsky: De Man als Lehrer. — Bücher usw. — Bestellungen zum Festpreise von 1,50 M. nehmen die Zeitungsboten und alle Parteibuchhandlungen entgegen.

Die schwedische Sozialdemokratie hat im Jahre 1926 13 000 Mitglieder gewonnen und nahezu 80 neue Ortsvereine gegründet. Seit fünf Jahren geht die Partei ununterbrochen vorwärts.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geyer; Wirtschaft: G. Klinghöfer; Gewerkschaftsbewegung: R. Glöckner; Revolution: Dr. John Schimanski; Soziales und Sonstiges: Fritz Kautsky; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sez. Beauftragte
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pflanzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Kölnigstr. 546
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Aus-übrz. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Alberi Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 437
Lohringstr. 107, Ecke Linden-
straße 14, am Prenzlauer Tor.

Die milden hocharomatischen Feinschnitte



EUROPA

rot 30 PL
40 Stanol 40 PL
50 50 PL
gold 60 PL

Rauchtabakfabrik
Ebner Kramer
Wiesloch B.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften



Trauringe

1 Ring 900 gest. (Vakantgold) 7 gr. schwer M. 26.50
1 .. 585 .. 5 .. 14.00
1 .. 333 .. 4 .. 7.00

Preisliste gratis!

Sükdän. ca. 3000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, zum Münchener
N. 24, Artilleriestr. 30
Hermann Wiese, Berlin
W. Passauer Straße 12

Auf Kredit!

Damen- und Herren-Garderobe, Wäsche, Gardinen, Möbel jeder Art, liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen bei mäßiger Anzahlung

Thau & Co., Neue Königstraße 26.

Mitglieder der SPD. erhalten 5% Rabatt.

Ischias

in 80% Geheil
und bald, wenn
erfolgt, befreit.
In 15 Tagen sind
schwere Fälle heilbar werden. Spezialisten
berühmt: Dr. Scherzer, ärztl. empfohlen.
Telefon-Nr. 106 9-11, 1-4, Sonntag 16-12. Inhaber

**Deutscher
Republikaner-Reichsbund**
Ortsgruppe Berlin
der Samelpunkt der
demokratisch und sozial
eingestellten Republikaner

Anmeldungen nimmt entgegen und
Auskunft erteilt der ehrenamtliche
Geschäftsführer
Bürgermeister Paul Kesslein
Berlin-Lichterfelde-West
Hortensienstraße 40.
Telephon: Breitenbach Nr. 0692

Besonders werden die die KLEINEN ANZEIGEN
in „Vorwärts“ auf beiden Seiten billiger!